

**Im Jahr 1990 gegründeter unabhängiger Verein, dessen Mitglieder sich zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung und leistungsstarken Luftwaffe bekennen.**

Postfach 1085, 8600 Dübendorf 1 / Postkonto: 80-47799-0 / www.forum-flugplatz.ch / info@forum-flugplatz.ch

Geschätzte Vereinsmitglieder und Interessenten/-innen

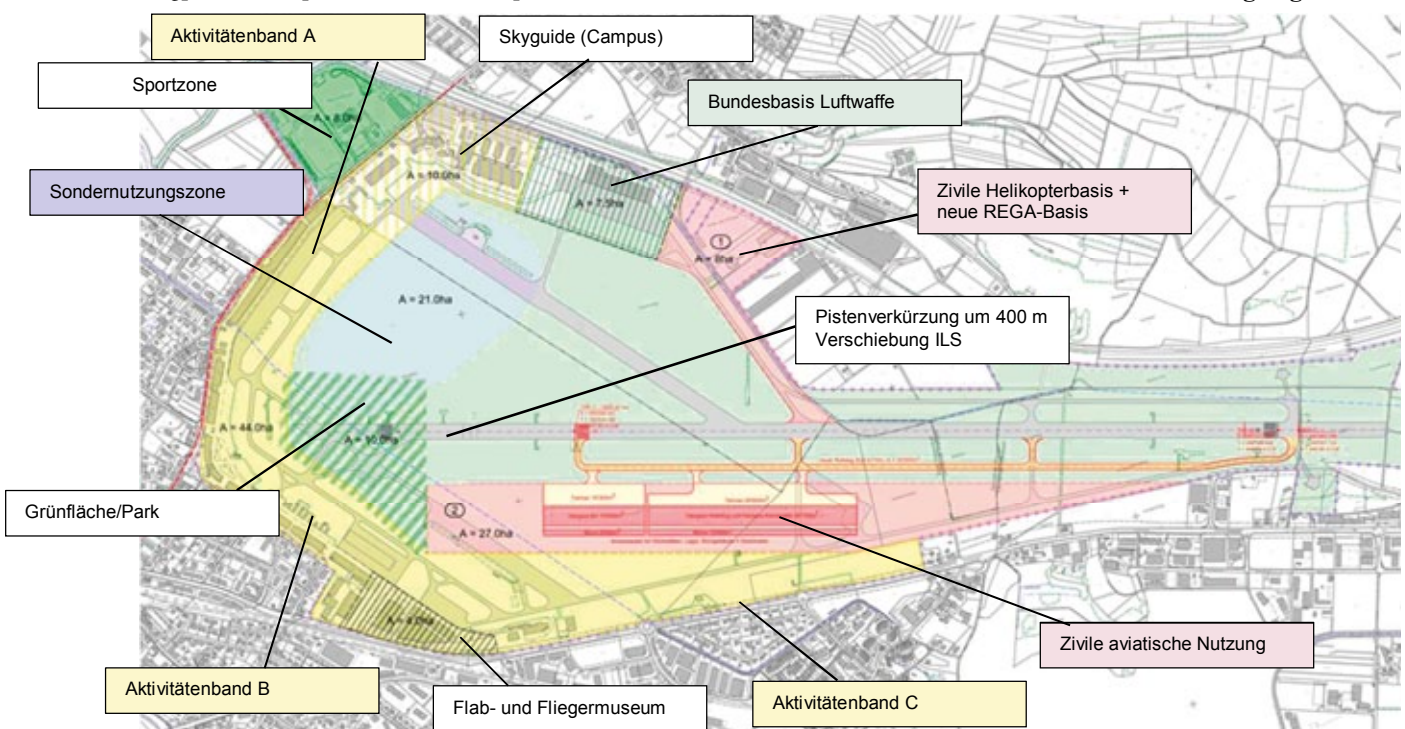
Die Medienmitteilung des Bundesrates vom 28. Februar war derart geschickt abgefasst, dass sogar der anfänglich enttäuschte Zürcher Regierungsrat mindestens einige Stunden brauchte um festzustellen, dass der Bundesrat doch weitgehend im Sinne der Zürcher Testplanung entschieden hatte. In der Tat war die Medienmitteilung nur die halbe Wahrheit, verschwiegen wurden die grossen Pläne einer nichtaviatischen Nutzung des Flugplatzes! Und die sind für die Anrainergemeinden mehr als nur happig. Hinter den nichtssagenden Bezeichnungen «Aktivitätenbänder» und «Sondernutzungszone» verstecken sich die Zubetonierungsprojekte des Zürcher Regierungsrates und des Innovationsparks mit gigantischen 75 Hektaren. Das «Filetstück» des Flugplatzes soll zubetoniert werden! Diese Botschaft aus Bern vermochte den Forumsvorstand wahrlich nicht zu begeistern, denn die Krux liegt, wie so oft, im Detail. Unsere Erwartungen für den Erhalt des Militärflugplatzes mit Verbleib der Luftwaffe, mindestens im bisherigen Rahmen, wurden leider nicht erfüllt. Gefreut haben sich insbesondere zwei Gruppen, jene, die eine grossflächige Überbauung befürworten, und jene, die für eine generelle zivilaviatische Öffnung des Flugplatzes eintreten. Der dem Bundesratsentscheid zugrundeliegende Schlussbericht favorisiert das Modell «Flugfeld mit Bundesbasis» mit weitgehender Verdrängung der Luftwaffe auf einen schmalen 7,5 ha kleinen Streifen nördlich des Flugplatzes (hauptsächlich mit Helikopterbetrieb).

## Flugfeld mit Bundesbasis

Grundsätzlich bedeutet das die Verlagerung der Verantwortung vom VBS an das UVEK. Die wesentlichen Punkte (siehe Bild unten) sind:

- Rückzug der Luftwaffe auf die nördliche Peripherie des Flugplatzes, wo heute die Hallen 10 bis 12 stehen.
- Verkürzung der Piste 11 am Pistenkopf von 2400 m auf 1800 m.
- Weitgehende Zerstörung der bestehenden aviatischen Infrastruktur westlich und südlich des Flugplatzes.
- Zubetonierung grosser Teile mit Projekten der Zürcher Regierung und von Innovationsparkbefürwortern.
- Sukzessiver Abbau der Flugbewegungen der Luftwaffe von 11'000 auf 7500 (faktisch nur noch Helibetrieb).
- Aufbau einer zivilaviatischen Infrastruktur südlich der Pistenachse auf der heute noch grünen Wiese.
- Sukzessiver Aufbau von zivilem Flugbetrieb mit bis zu 18'500 zusätzlichen Flugbewegungen (total 28'500).

**Das von uns favorisierte Konzept mit militär-/zivilaviatischer Mischnutzung mit Werkverkehr und Nutzung der bestehenden Infrastruktur inklusive Hangars wurde in der UVEK/VBS-Studie aus «unerfindlichen» Gründen nicht weiter verfolgt. Es besteht keine Transparenz über Aufwand und Ertrag, wie das bei den Modellen «Helibasis» und «Flugfeld mit Bundesbasis» der Fall ist. Offenbar scheute der Auftraggeber der Studie einen direkten Vergleich mit «unserem» Modell. Interessant und doch sehr merkwürdig zugleich!**



In Fachkreisen wird das faktische Desinteresse des VBS am letzten Militärflugplatz in der Nordostschweiz nicht verstanden. Der Paradigmenwechsel vom VBS zum UVEK dürfte in Anbetracht der jahrelangen Kontroverse um das An- und Abflugregime nach und von Zürich-Kloten in den Anrainergemeinden mit Sicherheit auf entsprechenden Widerstand stossen.

### Was sind 8 bis 16 Millionen für das VBS?

Die leider ausschliesslich von den Finanzen gesteuerte sog. «Weiterentwicklung der Armee» (WEA) lässt bei einem Armeebudget von 4,7 Mrd. Ungutes für Dübendorf erahnen. Das, obwohl die vergleichsweise bescheidenen Betriebskosten von geschätzten 8 bis 16 Millionen Franken pro Jahr im Grunde wirklich «Peanuts» für den Bundeshaushalt darstellen. Vergleiche mit Ausgaben anderer Departemente sind zwar verpönt und trotzdem denkt der Verfasser dieser Zeilen an die Milliardenausgaben für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe, die im Bundeshaus problemlos einfach durchgewunken werden!



Bereits vor zwölf Jahren haben wir gewarnt, dass mit dem Abzug der Kampfflugzeuge das Ende des Militärflugplatzes eingeläutet würde. Auf der Titelseite des Forum-Infos stand: «Der Militärflugplatz mit seiner vernetzten und gut ausgebauten Infrastruktur ist in akuter Gefahr, zum unbedeutenden militärischen Heli- und Leichtflugzeug-Flugplatz degradiert zu werden. Der

programmierte Anfang vom Ende!» Das wurde vom damaligen KKdt der Luftwaffe (H. R. Fehrlin) als Falschmeldung abgetan. Und wo stehen wir heute? Leider haben Aussagen noch die Halbwertszeit einer Tagessuppe und **leider ist es eine traurige Tatsache, dass sich weder der Chef VBS noch der Chef der Armee wirklich für den Erhalt des Flugplatzes engagiert haben!** Und so erstaunt es nicht, dass **die Luftwaffe** als seit Jahrzehnten verlässlicher Partner der Anrainergemeinden nach den Empfehlungen der UVEK/VBS-Studie nur noch **eine absolut marginale Rolle auf dem Flugplatz spielen soll**. Man ist sich offenbar in Bern der Risiken und Konsequenzen absolut nicht bewusst, die mit der Verlagerung von militärischem zu zivilem Flugverkehr einhergehen. **Dass das Bundesamt für Zivilluftfahrt ein Modell favorisiert, das Industrie, Gewerbe und Wohnen in allernächster Nähe zur Piste vorsieht, offenbart in erschreckendem Ausmass, dass die Raumplaner im BAZL aus dem politischen Seilziehen um den SIL Flughafen Zürich-Kloten nichts gelernt haben.** Die Konflikte sind vorprogrammiert, die hausgemachten Mängel unübersehbar. Die Verkürzung der Piste um 400 bis 600 m und die Zerstörung der bestehenden Rollwege und Hangars stellen einen schwerwiegenden Eingriff in die bestehende aviatische Infrastruktur und damit eine immense Vernichtung von Volksvermögen dar. Wenn schon Eingeständnisse an die Zürcher Regierung und Innovationsparkbefürworter unausweichlich erscheinen, müssen diese im besten Fall auf dem Gelände realisiert werden, wo der wertvollen aviatischen Infrastruktur nicht unwiederbringlich Schaden zugefügt wird.

Der Erguss von Tausenden von neuen Pendlern in die bereits heute völlig überlastete Region wird zum totalen Chaos führen. Von den 3500 neuen Arbeitsplätzen im neuen Glattalpark noch ganz zu schweigen.

**Wenn sich die Behörden der Anrainergemeinden für den Verbleib der Luftwaffe im bisherigen Rahmen plus zivilaviatischen Werkflugbetrieb engagieren würden, könnte der drohenden masslosen Zubetonierung Einhalt geboten, eine immense Belastung der Verkehrsinfrastruktur abgewendet und eine bedeutende Zunahme der Flugbewegungen mit Wochenendverkehr verhindert werden!**

### Die Haltung des Forums Flugplatz

Statutengemäss gilt unser Engagement dem Militärflugplatz und dem Erhalt der wertvollen Infrastruktur für die Luftwaffe. Das schliesst unser favorisiertes Konzept mit einer massvollen militärisch-/zivilaviatischen Mischnutzung mit Werkflugbetrieb ein. Dieses volksverträgliche Konzept kann den Zielkonflikt zwischen einer aviatischen Nutzung, der Wohn- und Lebensqualität und der wirtschaftlichen Prosperität der Region lösen. Wertschöpfung durch eine hochwertige Arbeitsleistung von Unterhaltsbetrieben muss das Ziel sein. **Das Forum hat sich seit Jahren für diese Variante eingesetzt und hält aus Überzeugung auch weiterhin daran fest.**

Auswärtige «Aviatikexperten», die herzlich wenig mit den hiesigen Gegebenheiten vertraut sind und die Interessen der Kleinaviatik vertreten, versuchen eine «vierte Piste» von Zürich, meist in Kombination mit der «Auslagerung der Kleinaviatik», schmackhaft zu machen. Ob wissentlich oder nicht, sie fügen mit ihren unbedachten Äusserungen und dem **fehlenden Sensorium für die Bedenken der Bevölkerung und dem mangelnden Respekt vor der Geschichte des Flugplatzes und dessen gewachsenem Umfeld den Bemühungen für den Erhalt des Flugplatzes grossen Schaden zu.**

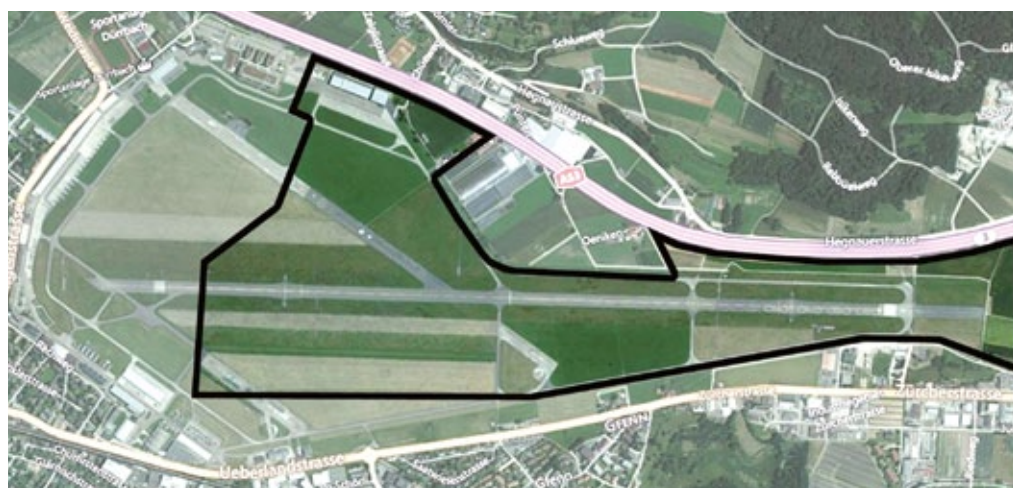
*Herzlichst, Ihr Peter Bosshard, Präsident*

### Medienmitteilung des Bundes

Mit dem Stationierungskonzept von 2005 hatte das VBS entschieden, Dübendorf längstens bis Ende 2014 als Militärflugplatz zu nutzen. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Armee wird das VBS ein neues Stationierungskonzept erarbeiten und entscheiden, welche militärischen Nutzungen am Standort Dübendorf bleiben. Bereits jetzt hat sich aufgrund der finanziellen Vorgaben gezeigt, dass das VBS die Piste nicht mehr weiter betreiben, sondern langfristig höchstens eine Basis für Helikopter aufrechterhalten kann. Wann die Nutzung der Piste eingestellt wird und ob eine Helikopterbasis bleibt, kann erst mit dem neuen Stationierungskonzept definitiv entschieden werden. Der Bundesrat hält aus grundsätzlichen Überlegungen vorderhand an einer fliegerischen Nutzung der Piste des Militärflugplatzes Dübendorf fest. Er hat deshalb das UVEK beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem VBS ein öffentliches Einladungsverfahren durchzuführen, damit mögliche Interessenten eine Offerte als Betreiber des Flugplatzes für einen Zeitraum von 20 Jahren einreichen können. Das UVEK wird dem Bundesrat bis spätestens Mitte 2014 über die Ergebnisse Bericht erstatten.

# 44% oder 75 Hektaren des Flugplatzes sollen dem Zubetonierungsprojekt der Zürcher Regierung und dem Innovationspark geopfert werden!

Was in der UVEK-Studie sibiylinisch als Aktivitätenbänder A/B/C und Sondernutzungszone daherkommt, sind in Wirklichkeit das verkappte Zubetonierungsprojekt (Testplanung) des Zürcher Regierungsrates und die Innovationsparkideen des Bundes. Auch wenn die darin integrierte Grünfläche am westlichen Pistenkopf als «Feigenblatt» erhalten muss, handelt es sich in der Gesamtheit um das «Filetstück» des Flugplatzes, das innerhalb der roten Markierung einer grossflächigen Überbauung von ca. 75 ha zum Opfer fallen soll! Eine arglistige Täuschung, wenn verkündet wird, künftigen Generationen stehe für eigene Ideen da noch Handlungsspielraum zur Verfügung! Bestehende Hangars sollen einer Überbauung Platz machen, während eine neue aviatische Infrastruktur, parallel zur Piste auf der grünen Wiese, aufgebaut werden soll. Und man halte sich einmal folgenden Planungsirrsinn vor Augen: Das teuer erstellte REGA-Gebäude soll abgebrochen und auf der Gegenseite des Platzes neu aufgebaut werden!



## Legende zum Bild oben:

Rot: Testplanung: 44 ha  
 Innovationspark: 21 ha  
 Integrierte Grünfläche: 10 ha  
**Total: 75 ha**  
 Grün: Skyguide: 10 ha  
 H'blau: Luftwaffe: 7,5 ha  
 D'blau: REGA + ziv Helibasis: 8 ha  
 Gelb: VFL: 4 ha  
 Schwarz: Pistenverkürzung um 600 m

## Legende zum Bild links:

Das schwarz umrandete Gelände stellt die Restfläche des heutigen Flugplatzes dar, auf der eine aviatische Nutzung mit bis zu 28'500 Flugbewegungen vorgesehen ist.

Der im Auftrag des UVEK/VBS von «Ecoplan, aviena GmbH, Bächtold & Moor» erstellte 222-seitige Schlussbericht über «operationelle Machbarkeit, betriebs- und volkswirtschaftliche Auswirkungen», der übrigens auch noch völlig falsche Zahlen zu Flugbewegungen enthält, **gibt weder Auskunft über den volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen unter Berücksichtigung der ökologischen Auswirkungen noch über die politische Machbarkeit noch über die Konsequenzen der Abstimmung über die Kulturlandinitiative.** Sinnigerweise werden es aber exakt diese Fragen sein, die zum Absturz dieses völlig überladenen, an Gigantismus grenzenden Projektes führen dürften.

**Kein General würde ohne Not einen Mehrfrontenkrieg anzetteln, der nicht zu gewinnen ist,** aber genau das wird jetzt praktiziert, indem gleich mehrere Projektgegner auf den Plan gerufen werden:

- Jene, die mit Fug gegen eine grossflächige Zubetonierung der letzten strategischen Landreserve im Kanton sind.
- Jene, die mit Recht eine extensive Ausweitung der Zivilaviatik mit Wochenendverkehr und wesentlich längeren Betriebszeiten fürchten.
- Jene, die mit guten Gründen gegen eine massive zusätzliche Belastung der regionalen Verkehrsinfrastruktur sind.

Laut dem ehrgeizigen Zeitplan des BAZL soll im Oktober 2013 die Ausschreibung für aviatische Bewerber erfolgen. Die Absteckung der Perimeter und die Erstellung der Rahmenbedingungen werden es in sich haben, sie werden von höchster Brisanz sein! Interessant ist auch die Anmerkung im Schlussbericht, dass ein rentabler Betrieb des Flugplatzes auch bei Volllast nicht möglich ist und eine Unterstützung des Bundes nötig sein wird. **Was aber der Militärflugplatz das VBS kostet, könnte ein zivilaviatisch genutzter Flugplatz das UVEK kosten. Weshalb also die ganze Übung und wo ist der Spareffekt für die Bundeskasse?**

Es ist ein himmelschreiendes Trauerspiel, was mit der Wiege der schweizerischen Luftfahrt veranstaltet wird. Der faktische Verzicht auf den Militärflugplatz ist nichts anderes als **eine völlige Kapitulation des Chefs VBS, Bundesrat Ueli Maurer, und des Chefs der Armee, KKdt André Blattmann!** Man braucht sich in Bern nicht zu wundern, wenn Milizorganisationen, die sich immer zu einer glaubwürdigen Armee bekannt und sich an vorderster Front für die Landesverteidigung engagiert haben, der Armeeführung allmählich den Rücken zuwenden! *Peter Bosshard*

# Visio horribilis könnte leicht zum Albtraum werden!

Markus Gisel, Kindhausen

Eigentlich müssten die Flugplatzbefürworter ja zufrieden sein. So wie es aussieht, bleibt es zwar nicht beim Alten, aber der Flugplatz bleibt. Jedenfalls für die nächsten zwanzig Jahre – so sich denn tatsächlich ein privatwirtschaftlicher Betreiber findet, welcher bereit ist, den Betrieb des Flugplatzes zu den Konditionen, welche das BAZL derzeit noch ausarbeitet, sicherzustellen. Diese Konditionen sind im Detail noch nicht bekannt. Stützt man sich aber auf den Schlussbericht, welcher dem Bundesrat als Grundlage für seinen Entscheid vom 28. Februar 2013 diente, vorderhand an einer fliegerischen Nutzung der Piste des Militärflugplatzes festzuhalten, so ist bei keiner der untersuchten Betriebsvarianten, selbst bei planerischer Vollauslastung, mit einem befriedigenden



Geschäftsergebnis zu rechnen. Im Klartext: Es ist auch nach der Interimsphase, d.h. bei Ausnützung der vollen Kapazität, mit einem negativen Geschäftsergebnis zu rechnen! Dies nicht zuletzt aufgrund der operationellen Einschränkungen (Anzahl möglicher Starts und Landungen, Lärmkataster etc.). Auch wenn sich dem Vernehmen nach schon Bewerber aufgestellt haben sollen, obwohl die entsprechende Ausschreibung noch pending ist, so bleiben starke Zweifel, ob sich unter solchen Voraussetzungen ein wirtschaftlich denkender privater Partner finden lässt, welcher sich auf ein solches Abenteuer einlässt – es sei denn, der Staat würde einen Anreiz schaffen und eine Defizitgarantie übernehmen. Doch das würde ja bedeuten, dass die Kosten, oder zumindest ein Teil davon, welche man beim VBS durch den Rückzug aufs Abstellgleis einzusparen gedenkt, einfach durch ein anderes Bundesamt einer defizitären Betreibergesellschaft nachgeschossen würden! Ein Nullsummenspiel also!

Kommt hinzu, dass ein allfälliger Betreiber keinesfalls die Gewähr hat, dass sein Betrieb, selbst wenn er durch den Bund subventioniert würde, wirklich zwanzig Jahre überleben würde. Werden nämlich die heute kursierenden Pläne, welche sich auch in den im Schlussbericht aufgezeigten Modellen niederschlagen, wahr, dann ist über kurz oder lang mit einer weiteren Reduktion des Flugbetriebes oder sogar mit einer definitiven Schliessung der Piste noch vor Ablauf dieser zwanzig Jahre zu rechnen. Nämlich dann, wenn die in der sogenannten «Sondernutzungszone» und in den mit «Aktivitätenband» benannten Zonen angesiedelten Bewohner und/oder Arbeitenden sich täglich beschweren, durch den Flugbetrieb gestört zu werden.

## Flugplatz um jeden Preis?

Noch nie in der Geschichte des Flugplatzes brachte der Status quo, wie er heute herrscht, für die Anrainergemeinden so viele Annehmlichkeiten: wenig Flugbetrieb, wenig Pendlerverkehr, keine Belastung der Verkehrsinfrastruktur und ein erholsamer Fernblick auf eine grüne Landschaft mit zahlreichen Vertretern des gefiederten Volkes. Mit den Zubetonierungsprojekten des Bundes und der Zürcher Regierung würde sich das schlagartig, mit massivsten negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung in den Anrainergemeinden, ändern. Unter diesen Prämissen noch einen Flugplatz mit einer guten Verdoppelung der heutigen Flugbewegungen und zusätzlichem Wochenendverkehr betrei-

ben zu wollen, ist keine sinnvolle Option und wäre ein zu hoher Preis, den die Bevölkerung zu zahlen hätte! So weit darf es nicht kommen!

Solche Reaktionen und damit letztendlich der Todesstoss für den Flugplatz sind vorprogrammiert! Es ist unverständlich, dass der Zürcher Regierungsrat im Zusammenhang mit der Positionierung des Zürcher Ablegers des Innovationsparkes damit argumentiert, ein Teil des Flugplatzes Dübendorf hätte sich als optimaler Standort für einen Innovationspark herausgestellt und dass Studien des Bundes gezeigt hätten, dass parallel zur aviatischen Nutzung auch Sondernutzungen möglich seien. Dies ist ein Paradox par excellence, wurden doch im Zusammenhang mit dem SIL-Prozess für Zürich-Kloten, im Hinblick auf zu erwartende Immissionen, Bauverbotszonen in Erwägung gezogen, um zusätzliche Konfliktsituationen zu vermeiden! Solches Handeln kann nur so interpretiert werden, dass unsere Kantonsregierung an einem Weiterbetrieb des Flugplatzes auf lange Sicht nach wie vor nicht interessiert ist und daraufhin arbeitet, diesen von der Landkarte verschwinden zu lassen, wie sie dies ja bereits bei der Bereinigung des Richtplans für den Kanton Zürich gemacht hat!

## Es möge die Vernunft obsiegen

All jene, denen wirklich daran gelegen ist, die wertvolle aviatische Infrastruktur von Dübendorf zu erhalten und sämtliche Optionen für eine spätere Generation offenzuhalten, sind gut beraten, sich weiterhin für die vom Forum favorisierte Betriebsvariante einzusetzen, die Variante «militär-/zivilaviatische Nutzung mit Werkverkehr»! Diese erlaubt zwar keine Gewinnmaximierung, aber sie würde die Bundeskasse massgeblich entlasten, ohne dass schon heute wertvolles Terrain aufgegeben werden müsste und eine brisante Konfliktsituation in der Region heraufbeschworen würde.

*ben zu wollen, ist keine sinnvolle Option und wäre ein zu hoher Preis, den die Bevölkerung zu zahlen hätte! So weit darf es nicht kommen!*

**Helfen Sie mit Ihrem Beitritt zum Forum Flugplatz Dübendorf oder mit einer Spende, das Horrorszenario einer gigantischen Zubetonierung zu verhindern! Nur ein Flugplatz, der wie im obigen Beitrag gezeigt betrieben wird, kann das verhindern.**

**Übrigens: In Alpnach haben sich die Anwohner mit Erfolg für den Verbleib der Luftwaffe gewehrt, als dieser laut damaligem Stationierungskonzept hätte eliminiert werden sollen. Das wäre auch für den Militärflugplatz Dübendorf sehr wohl möglich! PB**

# Das Umnutzungsverfahren für den Flugplatz Dübendorf

Simon Kaiser, Pfäffikon ZH

Gemäss einer Medienmitteilung vom 12. Mai 2011 hat der Bund (VBS und UVEK) eine Studie über die wirtschaftlichen, operationellen und raumplanerischen Möglichkeiten einer militärisch-zivilen Mischnutzung in Dübendorf in Auftrag gegeben und später den entsprechenden Schlussbericht vom 23. Juli 2012 publiziert. Am 28. Februar 2013 wurde wiederum mittels einer gemeinsamen Medienmitteilung vom VBS und UVEK kommuniziert, dass das VBS ab dem Jahr 2014 den Betrieb des Flughafens an eine zivile Betreibergesellschaft übergeben möchte und in Dübendorf primär noch Helikopter stationieren möchte. Die Piste könnte vorwiegend zivil etwa für Werkflüge und die General Aviation weiter genutzt werden. Hingegen erscheinen die Rahmenbedingungen für die Abwicklung von Charterflügen weniger geeignet. Obwohl das Risiko besteht, dass der Betrieb nicht kostendeckend weitergeführt werden kann, soll das UVEK nun prüfen, ob sich eine geeignete Organisation zur Übernahme des Flugbetriebs ab 2014 findet, damit diese für die Luftfahrt bedeutende Ressource erhalten bleiben kann.

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) hat in einem Merkblatt betreffend Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) explizit das Verfahren für den Weiterbetrieb ehemaliger Militärflugplätze als Zivilflugplatz (Umnutzungsverfahren) beschrieben. Für Gesuchsteller hat das BAZL zudem in einem Informationsblatt die Anforderungen betreffend Betriebskonzession, Betriebsbewilligung und Betriebsreglement erörtert. Die einzelnen Anforderungen an eine Flugplatz-Betreibergesellschaft betreffen vorwiegend organisatorische und technische Aspekte und sind bei Weitem zu umfangreich, um hier wiedergegeben zu werden. Die Merkblätter und die entsprechenden Normen sind über den Internetauftritt des BAZL frei zugänglich.

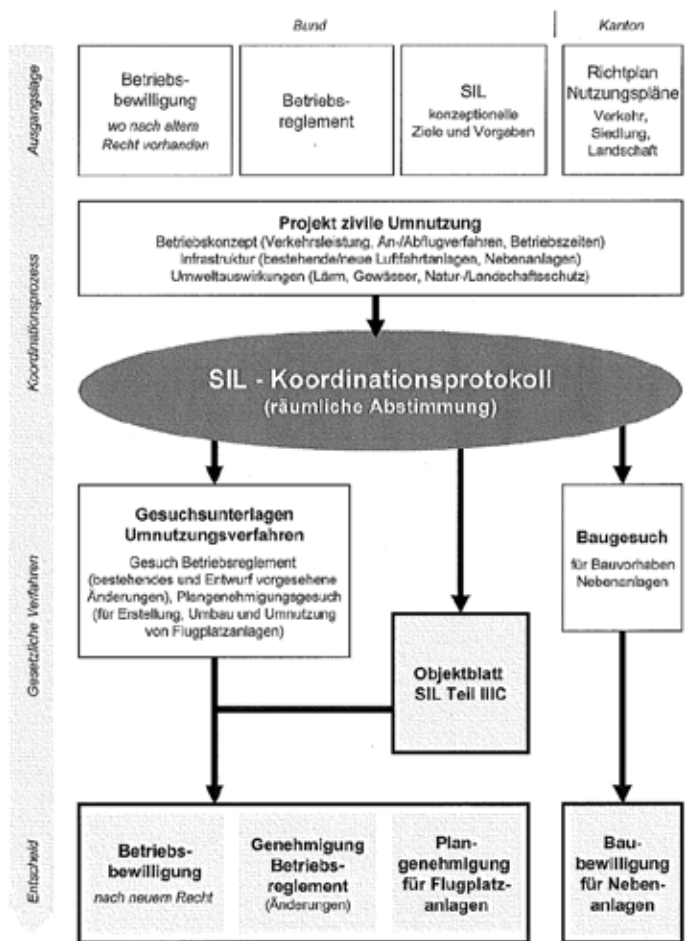
Der Kanton Zürich kann im SIL-Verfahren und mittels des Richtplans massgeblichen Einfluss auf die künftige Nutzung des Flughafens Dübendorf nehmen. Darüber hinaus ist gemäss Bundesgesetz über die Luftfahrt der Entwurf eines Betriebsreglements dem Kanton zur Stellungnahme vorzulegen und auch die betroffenen Gemeinden sind zur Einsprache berechtigt. Bei baulichen Massnahmen ist die Gemeinde zwingend mit einzubeziehen. Im Falle von Bürgerinitiativen oder falls sich der Kanton und Gemeinden an der Betreibergesellschaft beteiligen wollen, wären zudem Volksabstimmungen erforderlich.

Der Weiterbetrieb des Flugplatzes Dübendorf hängt also gegenwärtig davon ab, ob sich beim BAZL eine angehende Betreibergesellschaft meldet, welche trotz der eher schwierigen politischen und wirtschaftlichen Ausgangslage genügend finanzielle Ressourcen nachweisen kann und einen fachlich einwandfreien Entwurf eines möglichen Betriebsreglementes unterbreitet. Eine künftige Betreibergesellschaft ist zudem auf eine günstige regionale Politik angewiesen, welche eine fliegerische Nutzung im kantonalen Richtplan zulässt und bei Bedarf auch bauliche Massnahmen wie etwa grössere Hangars oder Teile des geplanten Innovationsparks ermöglicht.

Den Unternehmerinnen und Unternehmern, die bereit sind, ein entsprechendes Unternehmen zu realisieren, wünsche ich jedenfalls viel Glück, Geduld und Erfolg.

Verfahren für den Weiterbetrieb ehemaliger Militärflugplätze als Zivilflugplatz (Umnutzungsverfahren)

## 4. Verfahrensablauf



Graphik aus dem BAZL-Merkblatt 402.00 SIL

## Wie stimmen grünliberale Nationalräte?

Weshalb eine grüne Wiese schützenswert ist und eine andere nicht, kann nur eine Partei erklären, die sich «Grün» auf die Fahne geschrieben hat. Es sei an dieser Stelle verraten, dass es das Parteibüchlein ist, das über die Natur richtet. Im vorliegenden Fall über die wertvollste grüne Wiese der Schweiz, an deren Halmen übrigens die Elefanten im Zürcher Zoo ihre helle Freude haben. Aber sobald eine Wiese, trotz bester Hege und Pflege, für militärische Zwecke verwendet wird, ist sie nicht mehr schützenswert und kann «guten Gewissens» zubetoniert werden. Und so fallen die vielen Schmetterlinge, Heugümper und Vögel, die sich im hohen Gras verstecken, gnadenlos dem grünen Gedankengut der Armee- und Flugplatzgegner zum Opfer. Unser zu 100% steuerfinanzierter Dübendorfer Berufspolitiker Martin Bäumle, der unentwegt im Chor der Linken mitsingt, wenn es um die Anliegen unserer Landesverteidigung geht, hilft da kräftig mit. Wer das nicht glaubt, erkundige sich auf der Website [www.politnetz.ch](http://www.politnetz.ch) über das Stimmverhalten der Parlamentarier! PB

**Die Milizorganisationen führen an der Urne den Kampf für eine glaubwürdige Armee.**

**Die Armeeführung ist auf sie angewiesen.**

**Nicht umgekehrt!**

## 21. Generalversammlung des Forums Flugplatz vom 24. Mai 2013

AAAA steht nicht für das Rating einer Bank, sondern im Fall der Generalversammlung des Forums Flugplatz für «Anders Als Alle Anderen», bei der auch eine gehörige Portion Humor Platz haben darf. Der Präsident Peter Bosshard konnte im beinahe vollbesetzten Auditorium des Kaderausbildungszentrums der Luftwaffe am 24. Mai die Mitglieder und die zahlreich erschienenen Gäste begrüssen. Sämtliche Traktanden wurden wie gewohnt einstimmig abgehandelt und die Wahl von Walter Mundt als neues Mitglied in den Vorstand mit Akklamation bestätigt. Er tritt die Nachfolge von Frank Stoller an, der während den vergangenen sieben Jahren als ausgewiesener Kassenwart die Einnahmen und die Ausgaben des Vereins bestens im Griff hatte. Seine grossen Verdienste wurden denn auch mit einem adäquaten Geschenk, einem Pilotenhelm, herzlich verdankt. Der Jahresbericht des Präsidenten und die anschliessenden Referate befassten sich mit der entscheidenden Frage, wie der Verein aufgrund des bundesrätlichen Richtungsentscheids denn durch die kommenden Jahre zu pilotieren sei.

### Flugplatz und Überbauung?

Der Präsident verwies auf den statutenkonformen Zweck des Forums und stellte in Anbetracht der möglichen Zukunftsszenarien nach wie vor den Erhalt der bestehenden aviatischen Infrastruktur mit Verbleib der Luftwaffe auf dem Flugplatz in den Vordergrund und erläuterte den Entscheid vom 28. Februar 2013. In der Tat vermag der Führungswechsel vom VBS zum UVEK den Vorstand nicht zu erfreuen, öffnet dieser doch Tür und Tor für eine grossflächige Überbauung des westlichen Flugplatzareals mit Teilen der «Testplanung» des Zürcher Regierungsrates. Hinzukommen soll das Projekt «Innovationspark», sodass schliesslich mit rund 75 ha ca. 44% der eingezäunten Fläche des Flugplatzes neu zubetoniert werden sollen! Ein Horrorszenerario für die Bevölkerung der Anrainergemeinden, die bereits heute

unter der hoffnungslos überlasteten Verkehrsinfrastruktur leidet. Wenn man an die künftigen Pendler des Glattalparcs mit seinen 3500 neuen Arbeitsplätzen im selben Einzugsgebiet denkt, ist das mit Sicherheit eine schmerzhaft Perspektive für die Region.

Auf dem «kümmerlichen» Restgelände des Flugplatzes soll unter der Führung eines zivilen Betreibers ein militär-/zivilaviatischer Flugbetrieb stattfinden, indem der aktuelle militärische Flugbetrieb von 11'000 auf 7500 Bewegungen reduziert und gleichzeitig mit zivilem Flugverkehr auf rund 28'000 Bewegungen hochgefahren werden soll. Der Richtungsentscheid des Bundesrates entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als «Büchse der Pandora», die besser nicht geöffnet wird. Leider wurde das militär-/zivilaviatische Mischnutzungskonzept mit mässigem Werkflugverkehr, das zusammen mit der Task Force entwickelt wurde, in der Entscheidungsgrundlage des Bundesrats nicht berücksichtigt. Für den Bundesrat ging es von Anfang an weder um marginale Einsparungen beim VBS noch um den Erhalt der letzten strategischen Land-

reserve des Kantons, sondern darum, aus dem Flugplatz einen höchstmöglichen finanziellen Profit zu erwirtschaften. Für die Anrainergemeinden präsentiert sich dieses Modell allerdings als die schlechtestmögliche Variante überhaupt. Wir fordern den Bundesrat deshalb auf, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Region unser Mischnutzungskonzept auf Basis des Status quo wirklich ernsthaft zu prüfen. Die langfristige Sicherung des Flugplatzes als intakte Landreserve muss das Ziel sein und nicht eine auf Gewinn getrimmte Zubetonierung!

Die beiden Referenten, Nationalrat Max Binder und der Kommandant der Flugplätze Alpnach und Dübendorf, Oberst Albert Ulrich, beendeten den Anlass mit je einem fulminanten Referat zur Zukunft des Flugplatzes aus politischer und militärischer Sicht.



Der «Glattaler» vom 7. Juni 2013



### Forum Flugplatz Dübendorf

Postfach 1085, CH-8600 Dübendorf 1  
 info@forum-flugplatz.ch  
 www.forum-flugplatz.ch

#### Vorstand



**Peter Bosshard (PB), Präsident**



**Robert Steiner (RS), Vizepräsident**



**Mike Chatton (MC), Beisitzer**



**Markus Gisel (MG), Medien**



**Walter Mundt (WM), Kassier**



**Patrick Walder (PW), Beisitzer**

### Klartext

*Das Modell «Flugfeld mit Bundesbasis» hat langfristig den Zubetonierungs-Fahrplan des Zürcher Regierungsrates und der Innovationsparkbefürworter mit ein paar taktischen Optionen zum Inhalt.*

*In den Gremien, die jetzt mit der Ausarbeitung der Rahmenbedingungen beschäftigt sind, sitzen ausnahmslos Teilnehmer von Bundesstellen: Bundesamt für Zivilluftfahrt; Generalsekretariat VBS; Armeestab; Luftwaffe; Armasuisse; Wirtschaft / Bildung / Forschung WBF; Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI; Bundesamt für Raumentwicklung; ARE Kanton Zürich; Skyguide etc. Die Teilnahme von aussenstehenden Milizorganisationen, die sich seit Jahren mit diesem Thema beschäftigen, ist entgegen Ankündigungen nicht erwünscht. Mit anderen Worten: Es gilt einmal mehr, die Bevölkerung, wenn nicht gerade vor vollendete, so doch vor stark vorgespurte Tatsachen zu stellen. Das Forum Flugplatz Dübendorf hat bereits zu Beginn der Arbeiten der UVEK/VBS-Studie eine konstruktive Mitarbeit angeboten, leider wurde diese abgelehnt. Das sind keine guten Vorzeichen für das, was auf unsere Region zukommen wird. Wir werden entsprechend auf der Hut sein! PB*

# Sicherheit für alle?!

Markus Gisel, Kindhausen

In der Diskussion um die umstrittene Gripen-Beschaffung wird auch immer wieder der Luftpoliciedienst der Schweizer Luftwaffe als Argument ins Feld geführt. Nicht selten wird dann auch der alljährliche Einsatz während des WEFs erwähnt und dass die Schweiz durch internationale Verträge verpflichtet sei, die Sicherheit der teilnehmenden Gäste zu garantieren. Wenn ich dann höre, dass nur während der kurzen Periode, während der das Weltwirtschaftsforum in Davos stattfindet, die Überwachung des schweizerischen Luftraumes während 24 Stunden am

Tag durch einsatzbereite Kampffjets der Luftwaffe sichergestellt ist und man sich während der ganzen übrigen Zeit des Jahres auf die ordentliche Bürozeit beschränkt, dann löst das bei mir schon Kopf-



schütteln aus. Dann kommt bei mir unweigerlich die Frage auf: «Was ist denn mit dem Schutz der einheimischen Bevölkerung?» Genügt es tatsächlich, diese nur von morgens um acht bis abends um fünf zu schützen? Oder ist diese gar nicht gefährdet? Ist man an verantwortlicher Stelle etwa der Meinung, nur unsere hochrangigen Gäste, die am WEF teilnehmen, könnten Ziel eines Anschlags, auch nach Büroschluss, sein, oder ist das ganze Getue um den Luftschild und die Lufthoheit unseres souveränen Staates nur Schaumschlägerei? Nein – ich denke, definitiv nicht!

## Es fehlen die finanziellen Mittel!

Aber dafür, wie die eigene Bevölkerung zu schützen ist, dafür existieren offenbar keine internationalen Verträge – oder zumindest keine für unsere Landesregierung verbindlichen. Wie sonst könnte denn der dafür zuständige Verteidigungsminister, Bundesrat Ueli Maurer, damit argumentieren, es stünden keine genügenden finanziellen Mittel für die Aufrechterhaltung einer über 24 Stunden pro Tag andauernden Alarmbereitschaft von Kampffjets und deren Besatzungen zur Verfügung? Weshalb wird bei uns die Sicherheit von Frauen, Kindern und Männern dem Primat der Finanzen untergeordnet? Weshalb lassen wir es zu, dass unsere Steuergelder grosszügig ins Ausland verteilt werden, noch bevor unsere ureigenen Bedürfnisse und Interessen abgedeckt werden können? Sicherheit ist ein Grundbedürfnis! Der Staat sollte, nein, er *muss* alles unternehmen, die Voraussetzungen zu schaffen, um dieses elementare, aber unter Umständen überlebenswichtige Bedürfnis zu stillen. Dass er sich dabei nicht nur auf die Sicherstellung einer permanenten Luftraumüberwachung mit geeigneten Interventionsmitteln beschränken darf, ist selbstredend und sollte jedem einleuchten. Sicherheit verlangt nach mehr!

## Dissuasive Wirkung ist entscheidend

Um die Souveränität und die Sicherheit eines Staates zu bewahren, braucht es, ob man dies nun gut findet oder nicht, eine Armee. Aber nicht einen kleinen, schlecht ausgerüsteten «Alibihaufen», für den Beobachter anderer Länder nur ein mildes Lächeln übrig haben, sondern eine Armee, welche diesen Namen verdient und von ihrer Grösse und Ausrüstung her eine dissuasive Wirkung hat, so dass sie gar nicht erst zum Einsatz kommen muss. Dies gilt umso mehr für einen kleinen neutralen Staat wie die Schweiz, das Wasserschloss Europas! Wenn man solche Forderungen stellt, dann hört man von Armeegegnern, aber allzu oft auch vom sogenannten einfachen Mann von der Strasse, immer wieder: «Was soll das alles? – Wir sind doch nur von Freunden umgeben!»

## Keine Garantie für ewigen Frieden!

Das sind wir zum Glück tatsächlich. Doch wer garantiert uns, dass dies immer so bleiben wird? Weshalb überhaupt herrscht der Glaube vor, dass ein potentieller Aggressor aus unserer unmittelbaren Nachbarschaft kommen muss? In den letzten Jahrzehnten ist die Welt zusammengerückt. Die Distanzen werden immer kleiner und mit modernem Tarnkappen-Fluggerät immer schneller und fast unbemerkt überbrückbar. Ob die sich seit einiger Zeit abzeichnende Krise in Europa spurlos an uns vorübergehen wird, lässt sich nicht voraussagen, genauso wenig, welche Auswirkungen mögliche Auseinandersetzungen im Nahen und Mittleren Osten für Europa und damit auch für uns mit sich bringen würden. Schon gar nicht daran zu denken, was passieren würde, wenn das säbelrasselnde Nordkorea tatsächlich atombestückte Langstreckenraketen auf US-amerikanische Territorien im Pazifik und/oder die Westküste der Vereinigten Staaten abschiessen würde. Wer sagt uns, dass wir dann nicht auch in den Strudel des Geschehens hineingezogen werden? Die einzige Möglichkeit, nicht in fremde Händel hineingezogen zu werden, ist, dass wir unsere Neutralität bewahren und jedem, aber auch jedem, klar ist, dass er mit einem hohen Blutzoll rechnen müsste, sollte er es wagen, mit Waffengewalt unsere Grenzen zu überschreiten. Dass dies aber auch so empfunden wird, dazu muss in unserem Land ein Paradigmenwechsel stattfinden. Wir müssen wieder vermehrt an uns zuerst denken, ohne dabei notleidende Völker und Individuen zu vergessen.

## Parlamentarier sind aufgerufen!

Unsere Parlamentarier sind aufgerufen, die Weichen richtig zu stellen! Dem Verfassungsartikel 2, der da lautet: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.», ist wieder mehr Rechnung zu tragen. Unserer Verteidigungsarmee sind ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie auch in schwierigen Zeiten ihrem verfassungsmässigen Auftrag gerecht werden kann!

Gigantischer Offshore-Radar vor der Vollendung. Vorgesehen für den pazifischen Raum zur Detektierung von Intercontinental Ballistic Missiles (ICBM). Aufnahme vom 17. Februar 2013 auf Oahu (Pearl Harbour) / P. Bosshard



## «Geistige Landesverteidigung» und «Dissuasion» als Fremdwörter

Peter Bosshard, Dübendorf

Eine Umfrage unter Armeeangehörigen kommt zu einem vernichtenden Schluss: Weniger als 40 Prozent geben an, mit ihrem Militärdienst einen Beitrag zur Sicherheit unseres Landes zu leisten, und stellen damit die «Raison d'être» der Armee in Frage. Die Armeeführung versucht gar nicht erst, diese Resultate schönzureden. Deshalb hat der Chef der Armee nun Gegenmassnahmen ergriffen. Für 2013 wird eine Informationsoffensive lanciert. Jeder der rund 150'000 aktiven Armeeangehörigen, die 2013 einrücken müssen, soll über Sinn und Zweck sowie die Weiterentwicklung der Schweizer Armee aufgeklärt werden.

So weit, so gut, aber Zweifel über den Nutzen sind angebracht. Wer vor dem Hintergrund der umfangreichen ersatzlosen Verschrottung von gepanzerten Fahrzeugen, die übrigens in vielen Ländern noch flott im Einsatz stehen, laut über die Stilllegung von 3 bis 4 Flugplätzen nachdenkt und eine weitere massive Reduktion der AdA anvisiert, muss sich über das Resultat der Umfrage wahrlich nicht wundern. Wer den Raubbau an der Armee materiell und personell auf die Spitze treibt und die vollständige Ausrüstung der Soldaten nicht sicherstellen kann, wird schlechte Noten ernten!

Das Parlament ist gut beraten, die Weiterentwicklung der Armee (WEA) – man beachte diesen verfänglichen Begriff, besser bekannt als «Weiterer Abbau der Armee» – kritisch zu hinterfragen. Verbesserungen in der Ausbildung stehen massive Einschnitte bei der Rüstung gegenüber. Die von Armeepianern angedachte Schliessung von bis zu 14 Waffenplätzen, die Eliminierung der gesamten unterirdischen Logistik-Infrastruktur, aller unterirdischen Spitäler, sämtlicher Schutzbauten und Sprengobjekte, der gesamten Kampfinfrastruktur etc. sind Stichworte, die auch noch die letzten Befürworter einer glaubwürdigen Armee zu Zweiflern werden lassen. Die Armee entfernt sich mit jedem Reformschritt von ihrer Kernkompetenz, stattdessen werden Aufgaben stärker gewichtet, die man nicht primär mit einer Armee, sondern eher mit einer «Nationalgarde» verbindet (siehe

Artikel auf Seite 11). Die Begriffe «geistige Landesverteidigung» und «Dissuasion» werden heute despektierlich der «Stahlhelmfraktion» zugeordnet. Aber es sind ja nicht nur die «Ewiggestrigen», die das Weltgeschehen kritisch beobachten und mit zunehmender Sorge in die Zukunft blicken!

Mein Neffe, seit bald 25 Jahren Berufsoffizier und Jurist, dem Commander (Maj Gen) Special Operations Command Pacific auf Camp H. M. Smith, Hawaii (HQ, SOCPAC) direkt unterstellt, schenkte mir beim kürzlichen Besuch auf Oahu zwei sehr bemerkenswerte Taschendokumentationen: eine interessante Agenda 2013 die auf der gegenüberliegenden Wochenseite jeweils auf



wichtige Ereignisse der «Special Operations Forces» und der gesamten US-Streitkräfte seit dem zweiten Weltkrieg hinweist, sowie eine Tascheninformation über die Bewaffnung, die Ausbildung,



die Einsätze und die Organisationsstruktur, aber auch über die diversen Auszeichnungen von verdienten Soldaten. Mit bescheidenem Aufwand wurden zwei interessante Ringdokumentationen erstellt, die auf die wesentlichen Leistungen der Armee aufmerksam machen und die dem Soldaten Vertrauen in die Fähigkeiten einer gut ausgerüsteten Armee geben.

Es wäre sehr zu begrüssen, wenn sich das VBS mit seinen 60 PR-Fachleuten den Soldaten ebenso überzeugend erklären würde. Eben ganz im Sinne einer «geistigen Landesverteidigung».



# NEIN zur Unsicherheits-Initiative (VI «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»)

Voraussichtlich am 22. September 2013, eventuell am 24. November 2013, werden wir ein weiteres Mal zu einer Volksinitiative von Armeegegnern Stellung nehmen müssen.

Vordergründig geht es bei der aktuellen Initiative um die Aufhebung der Militärdienstpflicht.

Der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee und ihren Mitinitianten geht es aber um mehr – nomen est omen.

Hans-Peter Wüthrich, Brigadier a.D.

Verein für eine sichere Schweiz, Kampagnenleiter «NEIN zur Unsicherheits-Initiative»

## Erinnern Sie sich?

Im August 2005 führten heftige Niederschläge in weiten Teilen der Schweiz zu schweren Überschwemmungen und Verwüstungen. Die zivilen Behörden waren bei der Katastrophenhilfe hoffnungslos überfordert, es fehlte an Man-Power und Material. Bei der Armee gingen von 10 Kantonen mehr als 160 Unterstützungsgesuche ein. Wenn die vorhandenen Mittel der zivilen Behörden von Kantonen und Gemeinden bei einem Grossereignis, einer Katastrophe oder einer länger dauernden Krise an ihre Grenzen kommen, kann der Bund in kürzester Zeit seine einzige Reserve für Krisenlagen mobilisieren – die Armee – und mit ihr die zivilen Behörden unterstützen.



## Angriff auf das Erfolgsmodell Schweiz

Der Gruppe Schweiz ohne Armee geht es nicht wirklich um eine Änderung des Wehrmodells. Ihr Ziel ist die schrittweise Abschaffung unserer Armee. Mit der Milizarmee basierend auf der Wehrpflicht steht auch das Erfolgsmodell der Schweiz auf dem Spiel. Denn das Milizprinzip macht den Schutz des Landes zur **gemeinsamen Aufgabe aller Schweizer Bürger**. «Was kann ich für den Staat tun?» ist dabei die zentrale Frage.

Die Miliz durchdringt unsere Gesellschaft und trägt auch entscheidend zum nationalen Zusammenhalt zwischen den verschiedenen Landesteilen, Sprachen, Kulturen und sozialen

Schichten bei. Auch eine demokratische Kontrolle über die Armee ist so gesichert.

Es gehört zum Selbstverständnis der Schweizer Gesellschaft, dass sich Bürgerinnen und Bürger persönlich für das Gemeinwohl einsetzen – im Ernstfall sogar unter Einsatz ihres eigenen Lebens! Die Wehrpflicht ist damit auch Ausdruck der «Willensnation Schweiz».

## Strategie der Initianten / Inhalt der Initiative

Nachdem die Armeeausschaffungsinitiativen 1989 und 2001 sowie die Angriffe auf die Ressourcen (Exportverbotsinitiative, Waffenverbotsinitiative etc.) klar und deutlich im Volk gescheitert sind, versuchen die Initianten nun, der Armee das Personal zu entziehen. Sie wollen die in der Bundesverfassung verankerte Militärdienstpflicht aufheben und die Erfüllung der weiterhin geltenden Aufträge der Armee von Freiwilligen abhängig machen.

Worum geht es bei der Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht? Sie ist sehr simpel. Sie fordert eine Änderung des Artikels 59 der Bundesverfassung. Nach den Vorstellungen der Initianten sollte in Zukunft neu in der Verfassung stehen: **«Niemand kann verpflichtet werden, Militärdienst zu leisten.»** Diese Initiative hat also eine staats- und eine sicherheitspolitische Bedeutung. Staatspolitisch wird die Wehrpflicht basierend auf dem Milizprinzip angegriffen und sicherheitspolitisch wird der Staat in eine gefährliche Handlungsunfähigkeit manövriert.

Die Initiative lässt zudem völlig offen, wie ein weiterer zentraler Träger unserer Sicherheitsstruktur – der Zivilschutz – ausgestaltet werden soll. Eine für das Gesamtkonzept unserer Sicherheitsarchitektur elementare Frage.

## Eine Milizarmee aus Freiwilligen ist eine Illusion

Einige europäische Länder sind in den letzten Jahren von der Wehrpflicht abgerückt; diese wurde aber lediglich ausgesetzt und nicht abgeschafft. Diese Länder kämpfen heute mit enormen Rekrutierungsproblemen. **Es melden sich nicht nur zu wenig Personen, sondern auch die Falschen.** Auch in der Schweiz hätte eine freiwillige Milizarmee mit grossen Rekrutierungsproblemen zu kämpfen.

Diese müssten mit enormen finanziellen Anreizen entschärft werden, was de facto zu einer Berufarmee führen würde. Eine solche ist aber in Friedenszeiten zu gross und ohne Aufträge, in Krisen- und Kriegszeiten jedoch, weil keine Reserven mobilisiert werden könnten, ganz sicher zu klein.

## Ohne Wehrpflicht

### ist die Sicherheit nicht gewährleistet

Ohne Sicherheit kein Wohlstand und keine Freiheit. Die Herausforderungen in Bezug auf die Sicherheit sind heute vielfältiger und weniger fassbar. Eskalierende Bedrohungen der inneren Sicherheit sowie Grossereignisse wie Terroranschläge, Natur- oder technische Katastrophen können die zivilen Rettungskräfte nicht alleine bewältigen. Dazu braucht es die Armee. Denn **unsere Milizarmee ist das einzige schweizweit einsetzbare robuste Mittel bei Krisen, Katastrophen und Konflikten**. Bei einer Abschaffung der Wehrpflicht ist die Sicherheit von Land und Bevölkerung davon abhängig, ob sich genügend Freiwillige melden – im Falle einer Krise oder eines bewaffneten Konfliktes eine Illusion.

## Engagieren Sie sich

**Diese Unsicherheits-Initiative gilt es aus allen dargelegten Gründen mit einem klaren Volksmehr abzulehnen.** Ich danke Ihnen, geschätzte Leserinnen und Leser, schon heute für Ihre wertvolle Unterstützung und zähle auf Ihr persönliches Engagement. Machen Sie mit im kantonalen Komitee Ihres Wohnortkantons! Alle dazu notwendigen Informationen finden Sie auf der Kampagnenwebsite unter:

[www.unsicherheits-initiative-nein.ch](http://www.unsicherheits-initiative-nein.ch)



**Gemeinsam für Sicherheit**

# Über den Sinn der Armee

Fritz Kälin

Wie allgemein bekannt ist, richtet sich eine Armee an ihren Gegnern aus. Weit weniger präsent im allgemeinen Bewusstsein ist, dass eine Armee aber auch auf das eigene Land, seine Institutionen und Geschichte ausgerichtet ist.

Wenn die Armee sich heute nur als «Sicherheitsproduzent» darstellt, reduziert sie sich selbst darauf, allein auf eine (noch nicht/kaum sichtbare) Bedrohung ausgerichtet zu sein. Dabei ruht unsere Milizarmee auf Zusammenhängen, die relativ unabhängig von jeglicher Art von Bedrohung weiter spielen. Und diese Zusammenhänge werden dem Soldaten von seinem Vorgesetzten niemals vermittelt. Ob sie es in der Schule noch werden, vermag ich aus meiner Warte nicht zu sagen. Von den Medien erfahren die jungen Männer bestimmt nicht, welchem höheren Zweck sie mit ihrem persönlichen Zeitopfer dienen. Anders als bei Schule und Medien hat die Armee aber während des Militärdienstes ihrer Angehörigen die einmalige Chance, diese Wissenslücke zu stopfen.

Persönlich wurde ich im Verlaufe meines Studiums und Militärdienstes zu einem sehr dogmatischen Befürworter unserer Milizarmee. Eine direkte Demokratie, die ihren Bürgern nicht nur Wahl-, sondern auch Entscheidungskompetenz eingesteht (Stimmrecht), muss sie auch dazu verpflichten/befähigen, ihre Entscheidungen letzten Endes mitzutragen. Wenn der Souverän an der Wehrpflicht und Milizarmee festhält, dann gibt er damit zugleich eine Stimme gegen ein grösseres militärisches Engagement der Schweiz jenseits ihrer Grenzen ab. Dafür erklären sich die Bürger bereit, sich selbst oder ihre Angehörigen als Wehrpflichtige zur Verteidigung des eigenen Landes zu befähigen und zu verpflichten. Die Sicherheitspolitik der Schweiz wäre weiterhin fundamental anders geartet als die der übrigen europäischen Staaten.

Wie erklärt man das dem Soldaten, der vor seinem Eintritt in die RS nur von den Medien vermittelt bekommen hat, dass in Europa der grosse Frieden ausgebrochen ist? Folgender Ansatz scheint mir vermittelbar:

- Der Schweiz geht es in praktisch jeder Hinsicht besser als den anderen Demokratien.
- Die Schweizer Demokratie ist etwas anders als die anderen Demokratien.
- Unser grösserer Erfolg dürfte also durch diese Andersartigkeit erklärbar sein. Dieser Unterschied ist die direkte Demokratie, gelebter Föderalismus, das Subsidiaritätsprinzip in den inneren Angelegenheiten. Sprich: minimale Verant-

wortung beim Staat, maximale beim Einzelnen, Solidarität mit jenen Einzelnen, die diese Last nicht schultern können. In so einem Staatswesen ist es undenkbar, die Sicherheit aller in die Hände möglichst weniger zu legen.

- Wer via Stimmzettel entscheidet, muss für seinen Entscheidung stehen können. In den nächsten Jahrzehnten bedeutet dies, für die weiterhin einzige direkte Demokratie der Welt einzustehen. Die allgemeine Wehrpflicht, die Waffe daheim: Sie sind die gelebte Realität und Grundlage all dessen, was die Schweiz zu dem gemacht hat, worauf wir heute alle so stolz sind.

Nicht umsonst sind praktisch alle Gegner und Saboteure der Schweizer Milizarmee offene oder heimliche Befürworter eines EU-Beitritts der Schweiz. Sie wollen unser einzig Staatswesen der Angleichung an unsere Nachbarn opfern. Da ist die Milizarmee genauso ein Hindernis wie die direkte Demokratie, der Föderalismus, die Neutralität etc.

Wenn wir uns manchmal wundern, warum der Gesamtbundesrat sich bei allem Desinteresse für unsere Armee die «Mühe» macht, sie dennoch weiter zu schwächen, dann liegt dies daran, dass die Damen und Herren strategisch weiterhin im Sinne jenes Beitrittsgesuches arbeiten. Sie glauben fest, dass der Frieden in Europa ausgemacht ist – damit ist eine Verteidigungsarmee für sie ohnehin überflüssig. Als Milizarmee ist sie sogar pures Gift für ihre politischen Masterpläne. Da eine direkte Abschaffung via GSoA kaum gelingen wird, begnügt man sich in Bern mit einer anhaltenden Auszehrung der Armee.

Die Leistungen von BR Maurer und des CdA werden daran gemessen werden müssen, wie es ihnen gelingt, diesen subtilen, langfristigen Zersetzungsprozess aufzuhalten. Die Armee scheut sich vielleicht aus übertriebener Rücksichtnahme auf Zeitgeist/Politik etc. davor, ihren Soldaten über die Kader eine inhaltliche Legitimierung für ihr Tun zu geben. Ob die meisten Offiziere überhaupt in der Lage wären, die Zusammenhänge von Milizprinzip, direkter Demokratie und Schweizer Geschichte selber darzulegen, ist eine andere Frage.

Wenn das VBS den HSO ihre «Reden vor der Truppe» schon vordiktieren will, täte es gut daran, etwas von den oben aufgeführten Gedankengängen miteinzubeziehen. Die Truppe muss nicht nur verstehen, dass sie «Sicherheit generiert». Man muss ihr auch erklären, warum gerade sie und nicht ein paar Super-Elite-Mega-Spezialeinheiten-Soldaten diesen Job machen müssen. (www.gruppe-giardino.ch vom 22.4.2013)

## Wenn der Wunsch die Zweifel frisst

Unter diesem Titel publizierte die NZZ vom 24.4.2013 einen bemerkenswerten Artikel, der sich mit der Euro-Krise beschäftigt, sich aber auch 1:1 auf unsere Armeepanung übertragen lässt.

Der Soziologe Harald Welzer stellt Analysen aus dem IIWW in das aktuelle Geschehen und fragte sich: «Wie konnte das alles passieren? Wie kann es sein, dass eine ganze Gruppe gescheiter Menschen ins Verderben eilt?» Er stellte fest, «dass eine hermetische Gruppe, deren Mitglieder dasselbe Geheimnis teilen und dieselbe Absicht verfolgen, fast immer dazu neigt, in ihren Wahrnehmungen vollkommen eindimensional zu werden, und zwar bis zu dem Punkt, an dem Skepsis inakzeptabel wird. Man verrennt sich, weil man sich eine Kurskorrektur nach einer gewissen Zeit schlicht nicht mehr leisten kann. Eine Korrektur würde den Akteuren ja abverlangen, womöglich nach Jahren zu sagen: <Oh, sorry, das war falsch, jetzt machen wir

es anders.> Aber das passiert nicht. Je mehr Entscheidungen in eine Richtung Menschen schon getroffen haben, desto unwahrscheinlicher wird, dass sie eine andere einschlagen.»

Die Ursache des Problems sieht Welzer darin, dass oft zu lange die gleichen Leute sich mit den gleichen Dingen beschäftigen.

**Ich weiss nicht, wie lange die Armeepaner bereits von Reform zu Reform, von Abbau zu Abbau der Armee eilen, um immer wieder neue Mängel der letzten unvollendeten Reform entdecken und beheben müssen.** Keine Zeit der Konsolidierung. Wer die sich verdunkelnden Wolken über Europa sieht, die Eurokrise, die Schuldenwirtschaft, die schleichende Enteignung der Bürger, die z.T. horrende Arbeitslosigkeit muss automatisch an einen Flächenbrand sozialer Unruhen denken. Wer in Anbetracht dieser düsteren Entwicklung an einen weiteren Abbau der Armee denkt, geht mit der Sicherheit fahrlässig um. **Es ist allerhöchste Zeit, eine Umkehrkurve einzuleiten!** PB

# Antwort des Bundesrates auf die Frage zum Verlust der Verteidigungsfähigkeit der Armee

Giardino Nachrichtendienst, 11.4.2013

Jede Betrachtung der Verteidigungsfähigkeit muss die Frage einschliessen, gegen wen und was man sich verteidigen will. Es gibt keine abstrakte Verteidigungsfähigkeit, die unabhängig davon beurteilt werden könnte, und dabei sind Potenziale und Eintretenswahrscheinlichkeiten zu berücksichtigen. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass die Armee so gesehen durchaus nicht der Verteidigungsfähigkeit beraubt ist, gerade wenn man die Entwicklung der militärischen Arsenale in anderen Staaten berücksichtigt. Wenn die Stossrichtung der Frage dahin gehen sollte, dass eine permanente vollständige Fähigkeit und Bereitschaft zur Abwehr eines grossangelegten klassischen militärischen Angriffs anzustreben ist, so hält der Bundesrat dies für sicherheitspolitisch unnötig und finanzpolitisch nicht verantwortbar. Er anerkennt aber, dass Mängel in der Armee bestehen und behoben werden müssen und dass Ressourcen und Leistungen in ein Gleichgewicht gebracht werden müssen. Auf die zwei konkreten Fragen antwortet der Bundesrat wie folgt:

Die Armeeaufgabe Verteidigung wurde nicht verändert: Die Armee hat nach wie vor die Aufgabe, einen militärischen Angriff auf die Schweiz abzuwehren, sollte ein solcher je stattfinden. Was sich hingegen je nach Lage ändert, sind Art und Ausmass des Aufwands für die Armeeaufgabe Verteidigung. Dabei ist zu beachten, dass ein grosser Aufwand gegenüber einer bestimmten Bedrohung zur Folge haben kann, dass man sich gegen eine andere Bedrohung weniger gut wappnen kann.

Die Gewährleistung der Sicherheit von Land und Volk ist eine Aufgabe, die weit über die Armee hinausgeht. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass die heutige Armee dazu einen grossen Beitrag leistet. Die Berücksichtigung des ganzen Spektrums der Gefahren und Bedrohungen ist Voraussetzung dafür, ebenso wie ein ständiges Bemühen um Verbesserungen in der Leistungsfähigkeit, Effizienz und bedrohungsgerechten Ausrichtung.

## Kommentar Giardino

Der Bundesrat gibt zu, dass er nicht wisse, gegen wen sich die Schweiz zu verteidigen habe. Damit reiht er sich in die Argumentationslinie der Linken ein. Das zeugt von gravierendem Mangel an strategischem Denken! Die kumulierten militärischen Potenziale um uns herum werden in keinem öffentlichen Bericht (z.B. SIPOL B) ausgewiesen. Eine Ableitung aus der Bedrohung findet nicht statt. Wie die letzten Kriege gezeigt haben, sind auch Angriffe über grössere Distanzen möglich und üblich. Wie kann der Bundesrat dann versichern, dass die «Verteidigungsfähigkeit» auch heute noch sichergestellt ist? Wo ist die Ausrichtung auf die militärischen Potenziale? Wieso werden nicht Szenarien durchgespielt, die das «ganze Spektrum der Gefahren und Bedrohungen» abdecken? Ist das Arbeitsverweigerung des Bundesrates? Aus gut informierten Quellen hört man, dass der Bundesrat keine Szenarien durchspielen will. Offenbar beschränkt man sich lieber auf den letzten Krieg, anstatt den nächsten Krieg vorzubereiten. Wir sind mit dem Bundesrat einig, dass die Aufgabe der Verteidigung des Landes über die Armee hinausgeht. Früher nannte man dies «Gesamtverteidigung» (auch abgeschafft). Doch auch hier müssen wir feststellen, dass dem Druck aus dem Ausland zu oft vorschnell nachgegeben wird. Vielleicht müsste zuerst die Frage beantwortet werden, ob der Bundesrat überhaupt «verteidigungswillig» ist.

## Kommentar von Beda Düggelin

lic. oec. HSG, Zürich

Mitglied der Taskforce Sicherheit der FDP Schweiz

**Es lohnt sich, die Antwort des Bundesrates etwas genauer unter die Lupe zu nehmen!** Diese recht süffisante Rechtfertigung unterlassener glaubwürdiger Verteidigungsanstrengungen stellt ein «appeasement» der Schweizer Bevölkerung erster Güte dar! Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass der Gesamtbundesrat «Potenziale und Eintretenswahrscheinlichkeiten» beurteilt hat. Der Bundesrat lässt sich von der von linker Seite geprägten «Mainstream-Meinung» leiten. Er erkennt zwar die «Mängel in der Armee» und dass «Ressourcen und Leistungen in ein Gleichgewicht gebracht werden müssen», ist aber mit seiner Sparwut im VBS und Missachtung des Parlamentswillens (CHF 5 Mrd.) völlig unglaubwürdig! Wie kann behauptet werden, dass «die Armeeaufgabe Verteidigung nicht verändert wurde»? **In Kürze werden nur noch 20'000 Mann für echte Verteidigungsaufgaben aufgeboten werden können, damit lässt sich ein Verteidigungsauftrag gleich welcher Art nicht erfüllen!** Der Bundesrat spricht ja von «Art und Ausmass». Niemand fordert heute eine Rückkehr zu einem Massenheer, wie es vor 1989 noch gerechtfertigt war. Dem grössten Trugschluss unterliegt der Gesamtbundesrat, wenn er sich in seiner Lageanalyse von der Entwicklung der militärischen Arsenale in anderen Ländern leiten lässt. Alle europäischen Staaten sind gezwungen (Verschuldungskrise), ihre Militär-Etats stark zu reduzieren, kein Indiz für Zuversicht und kein Grund, gleich zu handeln! **Der Bundesrat verkennt die Signalwirkung einer glaubwürdigen Landesverteidigung und schwächt unsere Souveränität.**

Der Bundesrat argumentiert, dass die Gewährleistung der Sicherheit von Land und Volk eine Aufgabe sei, die weit über die Armee hinausgehe. Dabei zieht er den falschen Umkehrschluss! Die Armee gewährleistet die Sicherheit, welche polizeiliche Dienste und Katastropheneinsatz-Korps nicht leisten können. Die Armee ist der sogenannte «**lender of last resort**», die Sicherheitsreserve für ausserordentliche Fälle, sei dies nun unterhalb der Kriegsschwelle oder bei Ausbruch eines bewaffneten Konflikts, wie immer sich dieser entwickeln sollte. Dass die Wahrscheinlichkeit, Panzerabwehrgefechte ab der Grenze zu führen, sehr klein geworden ist, versteht sich, allerdings hat die Armee die Aufgabe, jegliches Verteidigungsszenario in ihr strategisches Denken miteinzubeziehen. Verteidigungsaufgaben können nur von der Armee wahrgenommen werden und in diesem Bereich sind die möglichen Angriffsvarianten erheblich gestiegen. Diesen Verteidigungsauftrag scheint der Gesamtbundesrat auszublenden und ist offenbar nicht in der Lage, mit der Armeeführung diese potentiellen Gefahren richtig einzuschätzen und im Verteidigungsdispositiv angemessen zu gewichten. **Der Verteidigungsauftrag der Armee gemäss Art. 58 ist und bleibt das «**pièce de résistance**» der Armee**, auch unter der heutigen geopolitischen Situation, selbst wenn von unseren «lieben» Nachbarn keine unmittelbare Gefahr ausgeht.

Der russische Ministerpräsident hat dem Fürstentum Liechtenstein einen Besuch abgestattet. In Vaduz wurde ihm der liechtensteinische Verteidigungsminister vorgestellt, was beim russischen Gast einen kleinen Lachanfall auslöste. Der liechtensteinische Regierungspräsident war darob gar nicht erfreut. Er entgegnete dem russischen Ministerpräsidenten, dass er in Russland auch nicht gelacht habe, als man ihm den Justizminister vorgestellt habe ...! Haben wir bald liechtensteinische Verhältnisse?

## Zur «Weiterentwicklung der Armee»

Mit dem Artikel in der NZZ vom 26.4.2013 wurde die Debatte um die «Weiterentwicklung der Armee» (WEA) in der Öffentlichkeit entfacht. Man spricht in Insiderkreisen auch vom weiteren Abbau der Armee. Sicher ist: Die abermalige «Reform» wird hüben wie drüben in der Vernehmlassung für rote Köpfe und eventuell auch für verordnete Maulkörbe sorgen. Bereits die Führungsstruktur enthält brisanten Zündstoff, wenn es um den Ausbau von Macht und andererseits um Zurückstufung geht. Es ist eine Binsenwahrheit, dass das Einschleichen von zusätzlichen Hierarchiestufen und Schnittstellen anstelle direkter Befehlsabläufe Spielräume für Übermittlungsfehler und Missverständ-

nisse schafft. Es stellt sich konkret die Frage, ob tatsächlich eine Notwendigkeit besteht, zwischen dem Chef der Armee und den Kommandanten Heer und Luftwaffe die Position eines Chefs Operationen dazwischenzuschalten. Ist es grundsätzlich richtig, bei einer weiteren massiven Verkleinerung der Armeebestände auf nur noch 100'000 AdA die Führungsstruktur personell mit zusätzlichen Schnittstellen aufzustocken oder liegt eine derartige Absicht nicht völlig verkehrt in der Landschaft? Oder geht es gar um die Abschiebung von Verantwortung auf die nächsttiefere Führungsebene? Es ist zu hoffen, dass in der Vernehmlassung auch solche wesentlichen Punkte auf Wasserdichtheit geprüft werden. PB

## Der verantwortungsvolle Theodor Real

Am 31. Juli 1914 wurde der Kavallerie-Instruktor Hptm i Gst Theodor Real zum ersten Kdt der Fliegertruppen ernannt. Im November 1916 trat der Kdt wieder zurück – wie es heisst: Dauernde Konfrontation mit Bern zufolge kleinlicher Kompetenzregelung, fehlende Unterstützung und schliesslich die kurzsichtige Verweigerung der von ihm als notwendig erachteten Kredite zum besseren Ausbau der Militäraviatik lassen den ersten Kommandanten resignieren. In seinem Entlassungsgesuch führt Real u.a. aus: «Es ist mir einfach nicht mehr möglich, die Verantwortung für meine Untergebenen und die Kriegsbereitschaft der schweizerischen Fliegerabteilung zu übernehmen ... Die Unterstützung, welche ich für meine Arbeiten fand, brachte mir nur arge Enttäuschungen und schwere Sorgen. In diesen zwei Kriegsjahren ist es

nicht möglich geworden, eine Fliegertruppe aufzustellen, die nur annähernd unseren Verhältnissen entsprechen könnte.» (Quelle: «Chronik der Schweizer Militäraviatik» von Ernst Wyler.)

*Schon vor ziemlich genau 100 Jahren kämpfte also ein Waffenkommandant für die Mittel seiner Truppe, und das zu einer Zeit, als die akute Bedrohung durch den Ausbruch des ersten Weltkrieges vor der Haustüre stand. Und das war vor Ausbruch des IIWW übrigens auch nicht anders! Ganz offensichtlich zeichnet es die Schweizer Regierungen aus, zur Abwehr eines Konfliktes nie bereit zu sein und immer zu spät zu kommen. Aber es ist eine Illusion zu glauben, auch ein drittes Mal Glück zu haben. Es ist höchste Zeit, die Armeeaussgaben dem europäischen Standard anzupassen und 1,5% des BIP bereitzustellen! PB*



## Werden Sie Mitglied vom Forum Flugplatz Dübendorf

Unter diesem Namen wurde Anfang November 1990 in Dübendorf ein unabhängiger Verein im Sinne von Art. 60/ZGB gegründet mit dem Zweck, die immer wiederkehrende Frage des Militärfluglärms auf einer sachlichen Basis zu diskutieren. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit einer glaubwürdigen Landesverteidigung, welche auch eine effiziente Luftwaffe beinhaltet.

Unser Engagement gilt damit auch dem Erhalt des Militärflugplatzes inkl. Betrieb von Flugzeugen und Helikoptern der Schweizer Luftwaffe.

Der Flugplatz Dübendorf ist die Wiege der schweizerischen Luftfahrt und seit vielen Jahren in der Bevölkerung der Anrainergemeinden gut verankert.

Er ist für die Luftwaffe das einzige und nächste «Tor zur Ostschweiz» und darf nicht des Geldes wegen ohne Not geopfert

werden. Der Flugplatz ist ein wichtiger Teil der Luftwaffe, die ihren verfassungsmässigen Auftrag zum Wohle des Volkes zu erfüllen hat. Die Verteilung des Fluglärms auf mehrere Flugplätze ist ein Beitrag der Armee, das Einvernehmen zwischen der Bevölkerung auf eine nachhaltige und gute Basis zu stellen.

Wir sind kein Verein mit regelmässigen Anlässen und Zusammenkünften der Mitglieder. Als einer der grössten Vereine in Dübendorf verstehen wir uns als Faktor im politischen Umfeld der Gemeinden um den Flugplatz Dübendorf. Wir stehen aber nicht in Konkurrenz zu Parteien. Wir können aber mit unserer Arbeit politische Parteien und Personen, die zu einer glaubwürdigen Armee stehen, unterstützen oder ergänzen.

## Beitrittserklärung

### Anmeldung:

Hiermit beantrage ich, dem Verein Forum Flugplatz Dübendorf beizutreten und bestätige gleichzeitig, nicht Mitglied der GSoA oder einer ähnlichen, gegen unsere Luftwaffe oder Landesverteidigung gerichteten Organisation zu sein. (Bitte senden Sie diese Anmeldung an nachstehende Adresse – mit gleichzeitiger Einzahlung des Mitglieder-Jahresbeitrages von Fr. 25.– auf unser Postkonto.)

### Adresse:

Name: .....  
Strasse: .....  
Telefon P: .....  
Unterschrift: .....

Vorname: .....  
PLZ / Ort: .....  
Telefon G: .....  
Datum: .....Mailadresse:.....

**Postfach 1085, 8600 Dübendorf 1, Postkonto: 80-47799-0**